



Öffentliches Recht und Europarecht AKTUELL

32/2012 10.08.2012

REDAKTIONELLE LEITUNG:

Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler / Ass.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

I. Bundesgesetzblatt

[BGBl II 263/2012](#)

Verordnung des Bundesministers für Wirtschaft, Familie und Jugend, der Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie, der Bundesministerin für Justiz und des Bundeskanzlers, mit der die Verordnung über die Erstellung von **Indizes der Preisentwicklung** in der Wirtschaft geändert wird

[BGBl II 264/2012](#)

Verordnung der Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur, mit der die **Prüfungsordnung AHS** geändert wird

[BGBl II 265/2012](#)

Verordnung der Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur, mit der die **Prüfungsordnung BHS**, Bildungsanstalten geändert wird

II. Amtsblatt der EU

[ABI L 209 v 04.08.2012, 4](#)

Verordnung (EU) Nr 712/2012 der Kommission vom 3. August 2012 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr 1234/2008 über die Prüfung von Änderungen der **Zulassungen von Human- und Tierarzneimitteln**

[ABI L 212 v 09.08.2012, 3](#)

Verordnung (EU) Nr 722/2012 der Kommission vom 8. August 2012 über besondere Anforderungen betreffend die in der Richtlinie 90/385/EWG bzw 93/42/EWG des Rates festgelegten Anforderungen an unter **Verwendung von Gewebe tierischen Ursprungs** hergestellte aktive **implantierbare medizinische Geräte und Medizinprodukte**

III. Gerichtshöfe des öffentlichen Rechts

A. Verfassungsgerichtshof

14.06.2012, [G 4/12 ua](#)

GlücksspielG; kein Verstoß einer Regelung des GlücksspielG betreffend die Ermächtigung zu verwaltungsbehördlichen Sicherungsmaßnahmen, hier der **Beschlagnahme von Glücksspielautomaten**, wegen des Verdachts gerichtlich strafbarer Handlungen gegen das **Recht auf ein Verfahren vor dem gesetzlichen Richter**, das **Bestimmtheitsgebot** und den **Grundsatz der Gewaltentrennung**; keine Bedenken gegen die Regelung des VerwaltungsgerichtshofG über die Bindungswirkung aufhebender Erkenntnisse des VfGH; Folgenbeseitigungsanspruch durch spätere Änderungen der Rechtslage, auch aufgrund der Aufhebung eines Gesetzes durch den VfGH, begrenzt

28.06.2012, [V 83/09](#)

Tir RaumordnungsG; **Tir BauO**; Abweisung des – zulässigen – **Individualantrags** auf **Aufhebung der Widmung eines Grundstückes** als Sonderfläche für Hofstellen; ausreichende Grundlagenforschung und Berücksichtigung der Bestandsaufnahme; Nutzung des Grundstücks als Standort eines land- und forstwirtschaftlichen Betriebsgebäudes im maßgeblichen Widmungszeitpunkt noch möglich

30.06.2012, [V 72/11](#)

Arbeitsverfassungsg; **Betriebsrats-GeschäftsO**; Gesetzwidrigkeit einer Regelung der Betriebsrats-Geschäftsordnung 1974 über die **Beschränkung der Widerrufsmöglichkeit** der Übertragung der Befugnisse des Betriebsrates auf den Zentralbetriebsrat

30.06.2012, [B 1101/10 ua](#)

Betriebliches Mitarbeiter- und SelbständigenvorsorgeG; Verletzung im **Eigentumsrecht** durch Vorschreibung von **Pönalezinsen** für die Überschreitung der Veranlagungsgrenze nach dem Betrieblichen Mitarbeiter- und Selbständigenvorsorgegesetz infolge offenkundigen Widerspruchs der Regelung zum Unionsrecht; **Durchsetzung des Unionsrechts** in jedem Stadium des Verfahrens

30.06.2012, [KI-1/09](#)

ABGB; **JN**; Vorliegen eines **negativen Kompetenzkonfliktes** zwischen OGH und VfGH; Feststellung der **Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte** zur Entscheidung über das Begehren der Stadtgemeinde Salzburg gegen den Bund auf Zahlung von Kosten für Sondierungsmaßnahmen betreffend **Fliegerbombenblindgänger**

B. Verwaltungsgerichtshof

12.07.2012, [2010/06/0234](#)

VermessungsG; Antrag auf **Grenzvermessung** zum Zwecke der Umwandlung des Grundsteuerkatasters in den Grenzkataster; Einigung gem § 25 Abs 1 VermessungsG ist ein zivilrechtlicher Vertrag; Erbe bei der Grenzverhandlung verfassungsbefugt; **Irrtum** oder allfällige **Ersitzung** nicht Gegenstand des Verwaltungsverfahrens; Umwandlungsbescheid hat **dingliche Wirkung**; Prüfung von Willkür fällt nicht in die Zuständigkeit des VfGH

12.07.2012, [2012/06/0056](#)

Sbg BautechnikG; div **Einwendungen der Nachbarn** im Bauverfahren; Aufzählung der **subjektiv-öffentlichen Nachbarrechte** in § 62 Sbg BautechnikG ist taxativ; keine subjektiv-öffentlichen Nachbarrechte hinsichtlich der **Geschosszahl** und möglicher Veränderungen der **Grundwasserverhältnisse**; Nachbarrecht bezieht sich bloß auf **Belästigungen durch Zu- und Abfahrten** von Abstellplätzen und Garagen zu öffentlichen Verkehrsflächen, nicht aber auch auf ein vermehrtes Verkehrsaufkommen auf zum Baugrundstück führenden öffentlichen Straßen; ordnungsgemäße Bestellung eines nicht-amtlichen Sachverständigen

IV. Gerichtshof der Europäischen Union

A. Gerichtshof

Keine Urteile im Berichtszeitraum.

B. Schlussanträge

Keine Schlussanträge im Berichtszeitraum.

C. Gericht

Keine Urteile im Berichtszeitraum.

V. Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte

Keine relevanten Urteile im Berichtszeitraum.

VI. Veranstaltungen

[Fachtagung „EU-Grundrechte-Charta und Verwaltung“](#)

29.11.2012, 09.00 bis 15.00 Uhr, JKU Linz; Veranstalter: Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre in Kooperation mit dem Amt der Oö. Landesregierung; Referate: Univ.-Prof. DDr. Michael Potacs, Univ.-Prof. Dr. Katharina Pabel, Univ.-Prof. Dr. Harald Eberhard, Univ.-Prof. Dr. Gerhard Baumgartner

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

Disclaimer

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerbe-recht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

Impressum

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Ass.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung); Univ.-Ass. Mag. Julia Eder, Univ.-Ass. Mag. Fabian Hanz, Univ.-Ass. Mag. Lea Leingartner, Wiss.-Mitarbeiterin Beate Sündhofer.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.